



Industrie- und Handelskammer  
Limburg

**Claudia Gruno**  
Geschäftsbereich: Recht & Fair Play

Industrie- und Handelskammer Limburg | Postfach 12 63 | 65532 Limburg, Lahn

An die  
Damen und Herren  
der regionalen Presse  
im Kammerbezirk der  
Industrie- und Handelskammer Limburg

Ihre Zeichen/Nachricht vom

Ihr/Ihre Ansprechpartner/in  
**Claudia Gruno**  
E-Mail  
c.gruno@limburg.ihk.de  
Internet:  
www.ihk-limburg.de

Tel.  
06431 / 210-120  
Fax  
06431 / 210-205

2010-06-17  
gr

## Pressemeldung Nr. 45/2010

**IHK Limburg führte Gespräch mit dem Staatssekretär zu den Plänen der Justiz Kosten einzusparen.**

Die IHK Limburg hat am 10.06.2010 an einem Gespräch mit Vertretern des Justizministeriums, darunter Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit, in Wiesbaden teilgenommen, zu welchem alle von einer Schließung der örtlichen Arbeitsgerichte betroffenen IHKs eingeladen waren. Die IHK Limburg wurde bei dem Gespräch von dem Vollversammlungsmittglied Herrn Reinhard Vohl, Hauptgeschäftsführer Norbert Oestreicher und der Geschäftsbereichsleiterin Claudia Gruno vertreten.

Bei dem Gespräch wurden die Überlegungen des Ministeriums zu den Standortschließungen wegen des durch Einführung von Art. 109 GG (gesetzlich normierte Schuldenbremse ab 2011) notwendigen Sparkonzeptes des Ministeriums vom Staatssekretär dargestellt. Von Seiten des Ministeriums wurde deutlich gemacht, dass allein im Justizressort ab 2011 23 Mio. Euro einzusparen sind. Die Justiz soll ihren Beitrag dazu über Gerichtszusammenlegungen leisten. Betroffen von einer Neustrukturierung sind nach Aussage des Ministeriums nicht nur die Arbeitsgerichte sondern auch noch die Verwaltungs- und Sozialgerichte sowie einige Amtsgerichte in Hessen.

Der Hauptgeschäftsführer der IHK Limburg unterstrich bei dem Gespräch, dass Einsparungen un- zweifelhaft nötig seien, verwies jedoch auch auf die drohenden Mehrbelastungen für die Unternehmen im Falle einer Verlegung des Arbeitsgerichts Limburg. Daher forderte er das Abhalten von Gerichtstagen in Limburg, weil damit ein Teil der den Beteiligten anfallenden Mehrkosten aufgefangen werden könne und dennoch die erhofften Synergieeffekte durch eine Zusammenlegung

mit Wiesbaden erreicht werden könnten. Reinhard Vohl verwies auch auf die sonst eintretenden Mehrbelastungen für die ehrenamtlichen Richter. Der Staatssekretär zeigte sich in diesem Punkt gesprächsbereit und will diesbezüglich bestehende Möglichkeiten prüfen. Darüber hinaus zeigte er sich interessiert an dem Vorschlag der IHK Limburg, flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen einzuführen, konkret durch Schaffung einer Abfindungsoption, weil hierdurch ebenfalls gerichtliche Streitigkeiten per Vereinbarungen vermieden werden können.

Schließlich wurde dem Staatssekretär die zuvor von der Vollversammlung der IHK Limburg verabschiedete Resolution überreicht, in welcher sich die Vollversammlung für den Erhalt des Arbeitsgerichtes einsetzt, jedoch angesichts der erforderlichen Sparmaßnahmen auch Alternativlösungen vorschlägt.